

Finanzamt Dillenburg

Geschäftszeichen: G02

Öffentliche Zustellung

Name der Steuerpflichtigen: Hisge, Marcel

letzte bekannte Anschrift: Hauptstr. 7 35686 Dillenburg

Der Steuerpflichtigen ist folgendes Dokument zuzustellen:

009 827 6132 7, EStB 2024 vom 23.01.2026

Das vorbezeichnete Dokument wird nach § 10 Absatz 1 VwZG öffentlich zugestellt. Das Dokument gilt als zugestellt, wenn seit der Veröffentlichung dieser Benachrichtigung im Internet zwei Wochen vergangen sind. Durch die öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können (§ 10 Abs. 2 VwZG).

Das Dokument kann von der Steuerpflichtigen gegen Vorlage eines gültigen Lichtbildausweises oder durch einen bevollmächtigten Vertreter auf Zimmer 110 nach vorheriger Terminabsprache eingesehen werden. Hierfür bitten wir um Terminvereinbarung unter folgender Telefonnummer: 02771 908 111.



Kodym

IdNr. 89 664 527 132
Steuernummer 009 827 61327
(Bitte bei Rückfragen angeben)

Finanzkasse
Gießen
35392 Gießen
Schubertstraße 60

Finanzamt, Pf. 1362, 35663 Dillenburg

Herrn
Marcel Hisge

Hauptstr. 7
35686 Dillenburg

Bescheid für 2024

über

**Einkommensteuer,
Solidaritätszuschlag und
Kirchensteuer**

Festsetzung**Art der Steuerfestsetzung**

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

	Einkommen- steuer €	Solidaritäts- zuschlag €	Kirchenst. evang. €
Festgesetzt werden.....	1.769,00	0,00	145,94
ab Steuerabzug vom Lohn.....	2.565,00	0,00	48,09
verbleibende Steuer.....	-796,00	0,00	97,85
A b r e c h n u n g (Stichtag 16.01.2026) der Finanzkasse des Finanzamts Gießen			
bereits getilgt.....	0,00	0,00	0,00
mithin sind zu wenig entrichtet.....		0,00	97,85
mithin sind zu viel entrichtet.....	796,00		
Ausgleich durch Verrechnung: Anrechnung von Guthaben.....			97,85
Verwendung zu viel entrichteter Beträge **)	97,85		
Guthaben.....	698,15	0,00	0,00

**) Nachweis der Verrechnung:

Anrechnung auf demnächst fällige Beträge
Kirchenst.ev 2024.....

97,85		
-------	--	--

Sofern diese Steuerfestsetzung zu einer Erstattung führt und dem Finanzamt eine Abtretung, Verpfändung, Pfändung oder Zahlungsanweisung vorliegt, wird der zu erstattende Betrag, vorbehaltlich einer möglichen Aufrechnung nach § 226 AO i.V. mit §§ 387 ff. BGB, an den Ihnen bekannten Abtretungsempfänger, Pfandgläubiger, Pfändungsgläubiger oder Anweisungsempfänger ausgezahlt. Ein danach eventuell noch verbleibender Restbetrag wird auf Ihr Konto überwiesen. Soweit dem Finanzamt ein Aufrechnungsersuchen einer anderen Behörde vorliegt, erhalten Sie wegen der Verwendung eines eventuellen Guthabens eine besondere Mitteilung.

Bescheid für 2024 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 23.01.2026

B e s t e u e r u n g s g r u n d l a g e n
Berechnung des zu versteuernden Einkommens

Einkünfte aus Gewerbebetrieb	als Einzelunternehmer	80	80	
Einkünfte		80	80	
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit		30.278	4.274	25.988
Bruttoarbeitslohn			16	
ab Werbungskosten				
Weg Wohnun - erste Tätigkeitsstätte				
Entfernungspauschale für 250 Tage				
Weg mit sonstigen Verkehrsmitteln				
250 Tage× 20 km× 0,30				
250 Tage× 76 km× 0,38				
zusammen				
höchstens jedoch				
4.500				
Entfernungspauschale				
4.500				
mind. Fahrtkosten mit öPNV				
zu berücksichtigen sind				
4.500				
abzögl. Fahrtkostensersatz				
226				
Insgesamt				
4.274				
übrige Werbungskosten				
Einkünfte				25.988
Summe der Einkünfte				26.068
Gesamtbetrag der Einkünfte				26.068
ab beschränkt abzulebende Sonderausgaben				
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen				
ab Arbeitsgeberanteil zur Rentenversicherung				
verbleiben				
Beiträge zur Krankenversicherung				
inklusive etwaiger Zusatzbeiträge				
ab Kürzungsbetrag nach § 10 Abs. 1				
Nr. 3 Buchstabe a Satz 4 EStG				
verbleiben				
Beiträge zur Pflegeversicherung				
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1				
Nr. 3 EStG				
Summe der abzulebenden Vorsorgeaufwendungen				
unbeschränkt abzulebende Sonderausgaben				
gezahlte Kirchensteuer				
ab erstattete Kirchensteuer				
229				
149				
Summe der unbeschränkt abzulebenden Sonderausgaben				
80				
80				
Einkommen				20.257
ab Betrag nach § 46 Abs. 3 und 5 EStG				80
zu versteuerndes Einkommen				20.177

Bescheid für 2024 über E i n k o m m e n s t e u e r, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 23.01.2026

Berechnung der Steuer

	€
zu versteuern nach dem Grundtarif	20.177
festzusetzende Einkommensteuer	1.769

Berechnung des Solidaritätszuschlags

	€
Einkommensteuer	1.769,00
Bemessungsgrundlage freibleibender Betrag	1.769,00 18.130,00
Bemessungsgrundlage unter Berücksichtigung der Freigrenze davon 5,5 % Solidaritätszuschlag	0,00 0,00

Berechnung der Kirchensteuer

	€
festzusetzende Einkommensteuer	1.769,00
evangelische Kirchensteuer: 9 % von 1.769,00 für 11 Monate	145,94

E r l ä u t e r u n g e n z u r F e s t s e t z u n g

Den Arbeitslohn, die einbehaltene Lohn- und Kirchensteuer, den einbehaltenen Solidaritätszuschlag, die Sozialversicherungsbeiträge und/oder das Kurzarbeitergeld sowie die Verdienstausfallentschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz habe ich entsprechend den von Ihrem Arbeitgeber elektronisch übermittelten Daten bzw. den Eintragungen auf der Besonderen Lohnsteuerbescheinigung angesetzt.

Ihre geleisteten und erstatteten Beiträge zu Basiskrankenversicherungen und gesetzlichen Pflegeversicherungen habe ich mit den Beträgen berücksichtigt, die das Versicherungsunternehmen, der Träger der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung oder die Künstlersozialkasse der Finanzverwaltung elektronisch übermittelt hat.

Ihre im Kalenderjahr erstattete Kirchensteuer beträgt nach den vorliegenden Informationen 149 €. Diesen Betrag habe ich bei der Berechnung des Sonderausgabenabzugsbetrages berücksichtigt.

Ich habe die Entfernungspauschale für die Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte auf 4.500 € begrenzt. Diese Begrenzung gilt für Tage, an denen Sie die Wege nicht mit dem eigenen oder Ihnen zur Nutzung überlassenen PKW zurückgelegt haben.

Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung Ihrer Beiträge zur Krankenversicherung (Basisabsicherung) und zur gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeschöpft; ein darüber hinausgehender Abzug der weiteren sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich (Neuregelung durch das Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16.7.2009, Bundesgesetzblatt Teil I S. 1959).

Bescheid für 2024 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 23.01.2026

Falls Sie gegen diesen Steuerbescheid Einspruch einlegen oder eine Änderung beantragen möchten, bewahren Sie Ihre Belege zu diesem Steuerbescheid bitte bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs – oder Änderungsverfahrens auf. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung, sollten Sie die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehalts der Nachprüfung aufbewahren. Belege, die für mehrere Jahre Bedeutung haben (z. B. ärztliche Atteste), sollten Sie entsprechend länger aufbewahren. Davon unabhängig beachten Sie bitte die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten. (Rechtsgrundlagen – gesetzliche Aufbewahrungspflichten, z. B. §§ 147, 147a Abgabenordnung, § 14b Umsatzsteuergesetz, § 50 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung)

Die Ergebnisse der Bearbeitung habe ich zur elektronischen Übermittlung bereitgestellt.

Dieser Festsetzung habe ich Ihre Daten zugrunde gelegt, die mir am 31.12.2025 um 16:02:16 Uhr in authentifizierter Form übermittelt wurden.

Bitte bewahren Sie diesen Steuerbescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis für andere Behörden (z. B. für Erziehungsgeld/Elterngeld, Leistungen nach dem BAföG).

Sollten Sie vermögenswirksame Leistungen angelegt haben, können Sie die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage bis zum 31.12.2028 beantragen. In der elektronischen Datenübermittlung eingewilligt und ihm Ihre Identifikationsnummer mitgeteilt haben. Ob Sie die Arbeitnehmer-Sparzulage erhalten, kann ich erst prüfen, wenn Ihr Anbieter die Daten elektronisch übermittelt hat.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

– der Höhe des Grundfreibetrags (§ 32a Abs. 1 Satz 2 EStG)

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherem Rang Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 – III R 39/08 –, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionserecht verstößend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen.

Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichts der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder der Aufhebung oder dieser Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein Einspruch ist daher insoweit nicht erforderlich.

Bescheid für 2024 über E i n k o m m e n s t e u e r, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 23.01.2026

R e c h t s b e h e l f s b e l e h r u n g

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags kann mit dem Einspruch angefochten werden.

Gegen die Kirchensteuerfestsetzung und die Festsetzung der Kirchensteuer-Vorauszahlungen ist der Widerspruch gegeben.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen, diesem / dieser elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Der Widerspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Kirchensteuerfestsetzung kann nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die zugrunde gelegte Einkommensteuer unzutreffend sei. Dieser Einwand kann nur gegen die Festsetzung der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

Zur Einlegung des Widerspruchs ist derjenige befugt, gegen den sich die Kirchensteuerfestsetzung (Festsetzung der Kirchensteuer-Vorauszahlungen) richtet.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Die Frist für die Einlegung eines Rechtsbehelfs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem vierten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Bei Zustellung mit Zustellungsurkunde oder mittels Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekenntnis ist Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung. Bei Einlegung des Rechtsbehelfs soll der Verwaltungsakt bezeichnet werden, gegen den sich der Rechtsbehelf richtet. Es soll angegeben werden, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten wird. Ferner sollen die Tatsachen, die zur Begründung dienen, und die Beweismittel angeführt werden.

Hinweis: Entscheidungen in einem Grundlagenbescheid (z.B. Feststellungsbescheid) können nur durch Anfechtung des Grundlagenbescheids, nicht auch durch Anfechtung eines davon abhängigen weiteren Bescheids (Folgebescheid) angegriffen werden. Wird ein Grundlagenbescheid berichtigt, geändert oder aufgehoben (z.B. aufgrund eines eingelegten Einspruchs), so werden die davon abhängigen Bescheide von Amts wegen geändert oder aufgehoben.

Zu Ihrer Information:

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über "Mein ELSTER" (www.elster.de) oder jede andere Steuer-Software, die die Möglichkeit des elektronischen Einspruchs anbietet, zu übermitteln.

40009-F609-FEST-00052

Bescheid für 2024 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und
Kirchensteuer vom 23.01.2026

D a t e n s c h u t z h i n w e i s

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der
Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie
über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem
allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses
Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik
"Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

